

Rot-Pink in Wien auf Schiene

Österreich bekommt nächste Woche die erste sozialliberale Koalition. Die Grünen sind in Wien draußen und in der Krise. Das wird unangenehme Folgen für die Bundesregierung haben.

**ALEXANDER PURGER
INGE BALDINGER**

WIEN. „Man bringe den Spritzwein!“, rief sein Vorgänger Michael Häupl, als er sich 2010 auf die Koalition mit den Grünen geeinigt hatte. Welches Getränk Michael Ludwig ordert, wenn er am Dienstag die Nachfolgekoalition mit den Neos besiegeln wird, ist ungewiss. Aber fix ist: Wien wird in den kommenden Jahren von einer Koalition aus SPÖ und Neos regiert werden.

Die Koalitionsverhandlungen laufen dem Vernehmen nach wie am Schnürchen. Stolpersteine soll es auf dem Weg zur ersten sozialliberalen Koalition in Österreich keine geben. Dazu ist der Größenunterschied zwischen den künftigen Partnern auch einfach zu groß: Die Wiener SPÖ kam bei der Landtagswahl am 11. Oktober auf fast 42 Prozent, die Neos erhielten 7,5 Prozent. Sie sind also nicht in der Lage, große Forderungen zu stellen, die zu Stolpersteinen werden könnten.

Einige harte Nüsse haben die Verhandler der beiden Parteien allerdings schon zu knacken. Im Wahlkampf hatten die Neos die Halbierung der in Wien besonders üppigen Parteienförderung gefordert,

was der SPÖ als Hauptprofiteurin dieser Parteienförderung gar nicht gefiel. Auch der im Wahlkampf erhobene Wunsch der Neos nach einer transparenten Trennung von SPÖ und Stadt Wien etwa bei der Organisation des Donauinselfestes stößt bei den Rathaus-Roten auf wenig Verständnis. Aber irgendwie wird man dem neuen Koalitionspartner in beiden Fragen ein wenig entgegenkommen.

Bei vielen anderen Forderungen der Neos – Sonntagsöffnung, Bildungsreformen, Ende des Kammerzwangs – kommt den Wiener Koalitionsverhandlern der schwach entwickelte Föderalismus zugute: Da die Bundesländer in allen diesen Fragen keine Kompetenzen besitzen, kann man auch nicht wirklich darüber streiten.

Schon geklärt zu sein scheinen die Personalien: Neos-Chef Christoph Wiederkehr dürfte sein Wunschressort erhalten und Bildungsstadtrat werden. Die SPÖ kann das leicht verschmerzen, denn die Bildungsdirektion wird in ihrer Hand bleiben. Alle anderen Ressorts – auch das zuletzt von den Grünen besetzte Verkehrsressort – gehen an die SPÖ.

Apropos Grüne: Der Hinauswurf

aus der Rathaus-Koalition nach zehn Jahren hat bei den Wiener Grünen dem Vernehmen nach erheblichen internen Streit ausgelöst. Parteichefin Birgit Hebein wird vorgeworfen, durch ihre verkehrspolitischen Alleingänge die SPÖ erzürnt und die Grünen damit die Regierungsbeteiligung gekostet zu haben. Hebeins Sessel wackelt. Für Montag ist eine grüne Krisensitzung anberaumt.

„Das könnte Sprengkraft entwickeln.“

Heidi Glück, Politikberaterin

Der Rollenwechsel der Wiener Grünen von der Regierungs- zur Oppositionspartei dürfte auch Auswirkungen auf die Bundespolitik haben – die unangenehmsten für die Grünen, sagt Politikberaterin Heidi Glück. Bürgermeister Michael Ludwig sei durch seine neue Stärke nun klar Dirigent der SPÖ-Strategie, was zur Folge haben werde, dass die Hemmungen gegenüber den Grünen fallen. „Ohne Koalition in Wien gibt es auch keine Loyalitätsverpflichtungen zum linken Grün-La-

ger mehr“, sagt Glück. Zugleich würden die linken Wiener Grünen den Druck auf die grünen Pragmatiker in der Bundesregierung erhöhen und nicht mehr „in leiser Ungeduld wie bisher zuschauen“. Während die Grünen auf Bundesebene gar nichts anders könnten, als sich verstärkt an der SPÖ zu reiben – was sie wiederum noch mehr an die ÖVP binde. „Eine komplizierte Gemengelage, die Sprengkraft entwickeln könnte“, sagt Glück

In gewisser Weise sei Rot-Pink auch eine umweltpolitische Umkehr. Der Lobautunnel (dieser Wunsch der SPÖ war mit den Grünen nicht zu erfüllen, Anm.) „wird kommen“. Was die Rolle der Neos betrifft, fällt Glücks Befund zwiespältig aus: Klar sei die Regierungsbeteiligung der Pinken in Wien eine Aufwertung für Parteichefin Beate Meisl-Reisinger – was der Partei aber nicht viel bringen werde, solange sie ideologisch derart „qualig“ bleibe. Die Neos müssten den Eiertanz zwischen gesellschafts- und wirtschaftsliberal beenden und „identifizierbar werden, wenn sie nicht wie das LIF enden wollen“, sagt Glück. Konkret: „Sie müssen in Wien ideologische Pflöcke als Wirtschaftspartei einschlagen.“